

BVBB-Ortsgruppe Blankenfelde - Mahlow - Diedersdorf

Die Redaktion der MAZ – Zossener Rundschau – hat sich wohl entschlossen, Blankenfelde-Mahlow als Gemeinde von Kleinkunstaktivitäten darzustellen. Der BVBB will aber, dass der Bürger auch über das Treiben von Bürgermeister und Parteien informiert wird. Darum unsere Berichterstattung. Es geht um die Wahrheit!

Die Wahrheit über Bürgermeister Baier

Eine Wahrheit ist: Bürgermeister Baier ist überfordert. Die Gemeindevertreter von SPD, CDU, LINKE und GRÜNEN üben sich in Nicken zu den Planungen des Bürgermeisters. Darum wird die BVBB-INFO nun fortlaufend über die Projekte und Vorhaben berichten, die für Baiers Scheitern stehen. Es sind Beispiele, die belegen, wie der Gemeinde geschadet wurde. Wir tun dies, weil es Recht und Pflicht von Publikationen und Ausdruck der Pressefreiheit ist aufzudecken, was an die Öffentlichkeit muss. Missstände öffentlich zu machen, ist ein wesentlicher Teil der Pressefreiheit - auch in ihrer Kontrollfunktion. Dabei soll nicht verschwiegen werden, dass die Gemeindevertreter von SPD, CDU, LINKE und GRÜNEN wegen Duldung, Mitmachen oder Vertuschen Mitschuld tragen. Es ist auch Pflicht des Bürgervereins BVBB, über Wahrheiten zu informieren, wenn die Parteien sich in Verschleiern üben oder die sonstigen Medien ihre Chronistenpflicht nicht erfüllen.

Die Wahrheit über die dilettantischen Versuche, ein Rathaus bauen zu wollen

Das aktuelle Beispiel Rathaus ist ans Licht gekommen, weil die BVBB WG in der Gemeindevertretung Zug um Zug den Skandal aufgedeckt hat.

Seit 6 Jahren wird die Öffentlichkeit mit den nun endgültig gescheiterten Plänen eines Rathausneubaus beschäftigt. Bis heute hat Bürgermeister Baier hierzu noch kein Konzept als Grundlage für eine systematische Planung vorlegen können. Sein Versuch, Planung und Bau des Rathauses - und damit die Verantwortung für das Bauvorhaben - auf die gemeindeeigene Wohnungsbaugesellschaft abzuschieben, ist unrühmlich gescheitert. Zu Recht hat es der Geschäftsführer der WOBAB; Herr Bachmann, abgelehnt, das Rathaus zu bauen. Er wusste, dass er damit seine Gesellschaft überfordern würde, vielleicht sogar auf Kosten der Mieter gezwungen werden sollte; ein unkalkulierbares Risiko zu übernehmen. Bürgermeister Baier (SPD) versucht nun, dem WOBAB-Geschäftsführer die Schuld am gescheiterten Versuch des Neubaus zuzuweisen und stellt seine Vertragsverlängerung in Frage. Nun will er mit Hilfe eines Planungsbüros, über dessen Kompetenz nicht viel bekannt ist, einen neuen Anlauf unternehmen. Dabei ist es ihm gelungen, diesen Anlauf und die Verantwortung durch ein kompliziertes System von Gremienbeteiligungen der Gemeindevertreter in undurchsichtigen Nebel zu tauchen. Nach 6 Jahren Planung steht immer noch nicht planungsreif fest, welcher Bedarf an Räumen und Funktionen durch den Rathausneubau abgedeckt werden soll. Vor allem kennt niemand die Kosten. Zu der falschen Kostenaussage der Vorsitzenden des Finanzausschusses Frau Bomke und der Kämmerin Frau Sachtleben im Dezember 2008 gibt es keine neuen Erkenntnisse. Da darf dann munter über eine realistische Investitionsplanung - 7 Mio., 10 Mio. oder 15 Mio. Euro - spekuliert werden. Sicher ist nur: Für einen Bruchteil dieser Kosten hätte die Gemeinde am Jühnsdorfer Weg in der Kaserne schon lange ein Rathaus haben können. Sicher ist auch, dass es schon seit Jahren ein neues Rathaus zu günstigeren Baupreisen und zu Kreditkonditionen der Vergangenheit geben könnte. Das hätte dem Steuerzahler Millionen erspart, die nun dank Baier und Co. zusätzlich aufgebracht werden müssen, wenn das absurde Projekt „Behördenpalast“ tatsächlich irgendwann am verfehlten Standort fertig werden sollte. Die BVBB WG hat unmissverständlich erklärt, dass sie sich an diesem Abenteuer weder beteiligt noch politisch dafür einsteht. Die Alternative bleibt: Die Kaserne, ist schnell und sachgerecht zu renovieren; die Kosten sind überschaubar zu kalkulieren. Gleichzeitig wird ein Problem gelöst, das jetzt mit aller Heftigkeit aufgetreten ist und auch in Zukunft bestehen wird: Die Kaserne ist zu einer Unterkunft für Hunderte Bauarbeiter der BBI-Baustelle und Spargelstecher aus vielen Nationen mutiert.

Aus der Gerüchteküche von Blankenfelde-Mahlow – Stühlerücken auf den Chefsesseln

Die LINKE und die CDU sind es leid, dem SPD-Bürgermeister Baier ohne Gegenleistungen stets zu den erforderlichen Mehrheiten in der Gemeindevertretung zu verhelfen, um z. B. seine politischen Eskapaden in der Flughafenpolitik, dem Rathaus-Neubau und der Seniorenheim-Pleite, seinem zerrütteten Verhältnis zum Geschäftsführer der WOBAB oder seinem non-Verhältnis zu seinem Stellvertreter Sonntag zu decken. Darum muss jetzt eine Lösung her, die den Filz fest zusammenhält. Aus gut informierten Kreisen ist darum zu hören, dass der derzeitige stellvertretende Bürgermeister und Dezernent (zuständig für den Kommunalservice und das Bau- und Ordnungsamt), Jörg Sonntag,

**SCHÖNEFELD
SO MIT UNS
NICHT**

zum Jahresende auf den Chefsessel des Verbandsvorstehers des Wasser- und Abwasserzweckverbandes (WAZ) wechseln soll. Dezernent Sonntag hat sich ohnehin bei den Einwohnern von Blankenfelde-Mahlow auch in den Anliegerversammlungen wegen seiner Unnachgiebigkeit und „nassforschen“ Art einen schlechten Ruf eingehandelt.

Die Position des Baudezernenten könnte dann der Fraktionsvorsitzende (DIE LINKE) in der Gemeindevertretung, Roland Scharp, einnehmen, der bereits im Jahr 2004 einen Anlauf unternommen hatte, diese Position zu erklimmen, aber seinerzeit an dem Widerstand in der SPD-Fraktion gescheitert war. Da SPD-Bürgermeister Baier jede Stimme für seine Mehrheiten benötigt, dürfte das diesmal durchgehen.

Um die Mehrheit von 17 Stimmen (von insgesamt 33 Stimmen) dauerhaft abzusichern und auch noch einen Gegenkandidaten für die Bürgermeisterwahl 2011 zu verhindern, fehlt nun noch die CDU. Auch sie soll aus ihren Reihen eine Spitzenposition besetzen dürfen. Hier ist der Posten des Geschäftsführers der WOBAB/GZB im Gespräch, der im Zusammenhang mit dem gescheiterten Rathaus-Neubau beim Bürgermeister in Ungnade gefallen ist.

Hierfür ist nun der Ehemann der Vorsitzenden der CDU-Fraktion Regina Bomke im Gespräch. Wir sind gespannt, ob diese Informationen über die Parteienfilzokratie nun eindeutig und kräftig dementiert werden. Wenn nicht, haben sie Wahrheitsgehalt. Es kommt dann nur noch auf den Zeitpunkt an, an dem der Filz verdichtet wird.

BVBB-INFO hält Sie auf dem Laufenden, ob es tatsächlich zu diesem parteipolitischen „Postenschieben“ ohne fachliche Substanz kommt.

Nirgendwo in Deutschland wird eine Gemeinde so tief überflogen wie Blankenfelde Mahlow – darum bleibt der BVBB bei seiner Forderung: Es muss um- und abgesiedelt werden

Mit System wird seit Jahren verschwiegen, was SPD, CDU, LINKE, GRÜNEN oder FDP mit der Standortentscheidung BBI-Schönefeld wirklich angerichtet haben. Der BVBB sagt nun, was wirklich Sache ist. Das gesamte Gemeindegebiet liegt in einer Entfernung von ca. 3.000 m bis 5.000 m von der Landezone auf den beiden Start- und Landebahnen, die mit 1.000 täglichen Starts und Landungen ab 2011 in Betrieb gehen sollen. Die Konsequenz: das Gemeindegebiet wird zwischen ca. 180 m und ca. 300 m Höhe überflogen. Zur Orientierung: Das Gemeindehaus wird mit ca. 205 m überflogen, die Astrid Lindgren Grundschule mit ca. 230 m, die Ingeborg-Feustel Grundschule wird mit ca. 275 m überflogen. Alle sensiblen Einrichtungen (Horts, KITAS, Schulen) und sicher 80% der Wohngebiete werden darum bewusst und politisch gewollt einer gesundheitsgefährdenden Lärmbelastung von durchschnittlich 75 dBA ausgesetzt. Dazu das unerträgliche Katastrophenrisiko; 90% der Flugzeugabstürze erfolgen bei Starts und Landungen innerhalb eines Abstands von ca. 15 km zum Flughafen.

Politiker in Frankfurt, Amsterdam oder Zürich würden große Teile von Blankenfelde-Mahlow ab- oder umsiedeln. Sie akzeptieren ihre Verantwortung für Leben und Gesundheit ihrer Bürger. Für die Parteien und die Landesregierung in Brandenburg sind die Bürger nur Funktionsmasse ihrer unverantwortlichen BBI-Standortentscheidung. Der BVBB bleibt dabei: Bürger in Blankenfelde und Mahlow haben das gleiche Recht wie Bürger in Frankfurt oder Zürich.

Bankrotterklärung zu Wahlkampfaktionismus

Verkehrsminister Dellmann (SPD) sieht keinen Bedarf für sein Ministerium, die BBI-gepeinigten Bürger über die Folgen des BBI zu informieren. Ein solches Informationsbedürfnis, wenigstens einmal im Monat, wollten der CDU-Landtagskandidat Dr. von der Bank und der CDU-Multifunktionär Wolny dem Minister andienen. In einem Brief an den Minister haben sie aufgeführt, dass die Betroffenen Auskunft in Sprechstunden darüber erhalten sollen, wie die BBI-Planung weitergeht, wie ein Schallschutz umgesetzt wird, welche Ausgleichmaßnahmen vorgesehen sind und welche Bedeutung Tag- und Nachtschutzzonen haben. Die Antwort des Ministers (laut MAZ) ist eine schallende Ohrfeige für Aktionismus und naive Vorstellungen. Nichts wird es mit Sprechstunden des Ministers. Für Informationen gibt es Fachbehörden und die FBS. Natürlich wollte der Minister nicht schreiben, was Wolny und von der Bank nicht wissen wollen: Die geforderten Auskünfte kann auch alle der BVBB geben. Vieles steht in unseren Infos! Unsere Mitglieder informieren sich in unseren Sprechstunden und Info-Veranstaltungen. Herr Wolny und Herr von der Bank werden so lange von Ministern und Parteigrößen „abgemeiert“, müssen ihren politischen Bankrott erklären, solange sie die Bürger auffordern, die Politiker zu wählen, die die Bürger unter den BBI-Folgen leiden lassen.

Flughafenausschuss oder Quo Vadis Ortwin Baier?

Wie sehr SPD-Bürgermeister Baier und den Parteien der von unserem Vereinsmitglied Matthias Stefke geleitete Flughafenausschuss ein Dorn im Auge ist, zeigte sich wieder einmal an aktuellen Vorgängen in den letzten Wochen.

Der Flughafenausschuss hatte die von der Flughafengesellschaft (FBS GmbH) beauftragten Gutachten der beiden Musterschallschutzklassen in der Astrid Lindgren Grundschule in Mahlow und der Wilhelm-Busch-Grundschule in

**SCHÖNEFELD
SO MIT UNS
NICHT**

Blankenfelde beraten. Kritisch hinterfragt wurden die Messmethoden und deren Ergebnisse. Denn man hat lediglich unter den heutigen Fluglärmbedingungen Klassenzimmer mit und ohne Schallschutzfenster bzw. Lüfter beurteilt.

Dass (voraussichtlich) ab 2011 eine vielfach höhere Fluglärmbelastung herrschen wird, blieb einfach unbeachtet. Hauptsache die vorgeschriebenen Lärmwerte werden (heute) eingehalten und man kann öffentlich mitteilen, dass der „Schallschutz“ für zwei Grundschulen schon im Sommer 2009 eingebaut ist. Beanstandet wurde, dass die Gemeinde diese nicht - wie ursprünglich von SPD-Bürgermeister Baier zugesagt - durch von ihr beauftragte unabhängige Sachverständige überprüft hat. Ein dickes Problem wurde in den FBS-Gutachten aber bereits benannt: „... Bei niedriger Außentemperatur und entsprechend geringer absoluter Außenluftfeuchte ist ein hoher Luftwechsel und damit die Zufuhr kalter, trockener Luft eine wesentliche Ursache für niedrige relative Luftfeuchte in Innenräumen. Ohne zusätzliche Befeuchtungsmaßnahmen ist daher eine ausreichende relative Luftfeuchte in Innenräumen in der kalten Jahreszeit häufig nicht aufrecht zu erhalten...“.

Auch aus diesem Grund hat der Flughafenausschuss angeregt:

„Der Flughafenausschuss empfiehlt, vom Einbau weiterer Schallschutzmaßnahmen in sensiblen Einrichtungen unserer Gemeinde Abstand zu nehmen, bis die Messergebnisse der FBS seitens der Gemeinde durch unabhängige Gutachter geprüft sind und deren Prüfergebnisse schriftlich vorliegen.“

Nun wird bekannt, dass im Auftrag der Gemeinde der fachliche herausragende Gutachter PD Dr.-Ing. Maschke das FBS-Gutachten als in Methode und Ergebnis völlig unzureichend und damit für eine Beurteilung unbrauchbar bezeichnet haben soll. Diese für die Absichten von Baier und FBS vernichtenden Gutachten wurde dem Flughafenausschuss vorenthalten und selbst gegenüber den Mitgliedern des Hauptausschusses der Gemeindevertretung verschwiegen. Baier verschwieg, weil er wollte, dass ein unwissender Hauptausschuss die Entscheidung des Flughafenausschusses kassieren sollte. Baier wollte, ganz zu Diensten der FBS, dass diese ganz schnell weitere Schulklassen und KITAS zu Akustikkäfigen umfunktionieren kann, um Eltern und Kindern vorzumachen, dass dies ein Segen für den Gesundheitsschutz ist.

Im Sinne von FBS und Baier kassierte dann der Hauptausschuss den Beschluss des Fachausschusses, dem Flughafenausschuss, mit den Stimmen des SPD-Bürgermeisters Baier. Dass hier Laien einen Fachausschuss majorisieren und ohne Sachprüfung entscheiden, stört wohl auch die SPD-, CDU-, LINKE-, GRÜNEN-Vertreter im Flughafenausschuss nicht. Im Interesse der Partei lassen sie sich so zu „Datteln“ machen, die man fragen muss, was sie im Fachausschuss noch suchen.

Nun stellt sich die Frage „quo vadis“, Ortwin Baier?

Noch im Amtsblatt Nr.3/2006 zitierte der Bürgermeister aus seinem Vortrag vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig:

... „und dennoch habe ich mir erlaubt, den hohen Senat von ganzen Herzen zu bitten: Schützen Sie unsere Kinder vor diesem politischen Prestigeprojekt an dem geplanten Standort Schönefeld““Unsere Hoffnung ruht auf dem 4. Senat. Ich lege die Zukunft von über 4.000 Kindern in Ihre Hände. Möge Gott Ihnen bei Ihrer schweren Aufgabe zur Seite stehen...“ und weiter

„Für Blankenfelde-Mahlow hätte ein Obsiegen der Beklagten insbesondere folgende Auswirkungen: Das Aus für über 4.000 Kinder in Bezug auf eine Entwicklung ohne Lärm und ständige Katastrophenangst...“.

Seither vollzieht er (ganz im Sinne der Flughafengesellschaft) eine klare Kursänderung und Kehrtwendung:

- keine Umsiedlung sensibler Einrichtungen in lärmgeminderte Bereiche (bis auf zwei baulich marode KITA's)
- stattdessen Neubau von sensiblen Einrichtungen (Schulen, KITA's und Seniorenheim) in der Einflugschneise
- Zustimmung zu nicht funktionierenden Schallschutzmaßnahmen

Baier ist somit ein politischer Wendehals. Auch dazu sagt der BVBB: An den Taten messen wir Baier und den Parteienklüngel. Auf Rederei und Verdummungspropaganda fallen wir nicht herein.

Baiers Lärmveranstaltungen sind viel Lärm um nichts

Alleine wagt sich Baier nicht vor die Bürger, um sie über die Folgen der BBI- oder Fluglärmpolitik seiner SPD zu informieren. Da muss dann die Schutzgemeinschaft her. Bombastisch werden Spitzenbeamte und Gutachter angekündigt, es dürfen Referenten auftreten, die ohne jedes Recht angeblich für die „Bundesvereinigung gegen den Fluglärm“ (BVF) reden. Höhepunkt ist dann der Auftritt eines Anwalts aus Würzburg, der nicht nur ebenfalls Einladender ist, sondern kräftig Mandanten anwerben darf. So geschehen am 18. Mai d.J. in der Grünen Passage. Wichtig ist Baier nur, dass der BVBB nicht sein Know how darstellen kann, nicht sagen darf, was die eigentlichen Probleme der Betroffenen sind. Baier und die Schutzgemeinschaft präsentieren nämlich Scheinthemen und ungelegte

**SCHÖNEFELD
SO MIT UNS
NICHT**

Eier, wenn sie über eine noch nicht verabschiedete Lärmschutzverordnung informieren. Dabei wird so getan, als könnte Baier oder die Schutzgemeinschaft noch irgendetwas zugunsten der Betroffenen verändern oder beeinflussen. Die nackte Wahrheit: Die Lärmschutzverordnung wird eine Verordnung, die die Menschen nicht vor Lärm, dafür aber die Flughafengesellschaft vor Kosten schützt. Dies, weil es SPD und CDU so wollen. Diese Verordnung legt Schutzziele fest, die nur der FBS helfen. Der BVBB bleibt dabei: Auch diese Verordnung legt Mindeststandards zum Lärmschutz zugunsten der Flughafenbetreiber fest, die ohne Weiteres bei politischem Wollen durch wirklichen Lärmschutz und spürbare Entschädigungen - nach oben offen - übertroffen werden können. Dafür sollte die Schutzgemeinschaft mit dem BVBB eintreten. Sie sollte ihren Parteioberen endlich erklären, dass sie den Wahlkampf alleine bestreiten können, wenn sie nicht bereit sind, die Forderungen des BVBB zum Lärmschutz und zur Entschädigung umzusetzen. Solange Herr Baier, seine SPD- und CDU-Freunde nicht zu dieser Konsequenz bereit sind, solange sind ihre Krokodilstränen und ihr Aktionismus leeres Gerede. Die Betroffenen wollen Taten sehen.

Seniorenwohnheim

Neben dem Projekt „Rathaus-Neubau“ gibt es ein weiteres Vorhaben, das zu misslingen droht. Seit Jahren bemüht sich SPD-Bürgermeister Ortwin Baier um einen Investor, der neben dem Gesundheitszentrum in der Karl-Liebknecht-Straße ein Seniorenzentrum mit Pflegeplätzen und sog. „Betreutem Wohnen“ errichten soll (also abgeschlossene Wohnungen, in denen sich die Senioren/innen von Sozialstationen in den „eigenen“ vier Wänden betreuen lassen können). Einmal abgesehen davon, dass die Lage in der Karl-Liebknecht-Straße völlig ungeeignet ist, denn an dem Standort beträgt die Überflughöhe gerade einmal 250 Meter. Es ist unmenschlich, unsere Alten, die nach Kriegsende den Wiederaufbau unseres Landes geleistet haben, in Akustikkäfige abzuschieben.

Nun aber hat der Käufer des Grundstücks mitgeteilt, dass er aus wirtschaftlichen Gründen nur noch ein Pflegeheim errichten und betreiben will, da sich mit dem „betreuten Wohnen“ kein Geld verdienen lässt. Die Gemeinde steht nun vor einem großen Problem: Der Grundstückskaufvertrag wurde von der Verwaltung so laienhaft abgefasst, dass es schwierig werden könnte, die von der Gemeindevertretung eindeutig bestimmte Zweckbindung - Pflegeheim und „Betreutes Wohnen“ - durchzusetzen. Zudem kam es in der Verwaltung zu einer verheerenden Panne, weil sich zwei Abteilungen untereinander nicht abgestimmt haben. Die Bauabteilung erteilte gegenüber der unteren Bauaufsichtsbehörde des Landkreises das sog. gemeindliche Einvernehmen für die Baugenehmigung eines reinen Pflegeheims. Die Verantwortung trägt hierfür der Bürgermeister als Leiter der Verwaltung. Er hätte in beiden Fällen darauf achten müssen, dass der eindeutig formulierte Auftrag der Gemeindevertretung umgesetzt wird. Nun werden unsere Senioren Opfer von Profitgier

Letzte Meldung:

- KITA „Wirbelwind“ in der Käthe-Kollwitz-Straße soll aufgrund baulicher Mängel umgesiedelt werden. Zurzeit sucht die Verwaltung noch nach Wegen für die Finanzierung und einen geeigneten Standort, was wegen der Siedlungsbeschränkungszone schwer ist. Schon wird aber wieder der SPD-Ortsvorsitzende zugleich der Haus- und Hofarchitekt von SPD-Bürgermeister Baier, Matthias Wegner für diesen Auftrag ins Spiel gebracht. Der SPD-Baufilz geht in eine neue Runde!
- Zur Überprüfung der Angaben der FBS zur Wirksamkeit von Akustikkäfigen, sprich Klassenräumen mit Schallschutzfenster und Zwangsbelüftung, hat Baier den Experten P.H. Dr. Ing. Maschke beauftragt ein Gutachten zu erstellen. Offensichtlich hat Maschke das Gutachten der FBS als unwissenschaftlich zerrissen und die Maßnahme „Akustikkäfige“ als unwirksam dargestellt. Sicher ist schon jetzt, dass Baier und seine Nickfraktion von SPD, CDU, Linke und Grüne gegen auch diese wissenschaftlichen Erkenntnisse der FBS und nicht den Kindern dienen. Gespannt sein darf man, ob Baier den Mut hat die Öffentlichkeit und die Eltern darüber zu informieren, dass man das Gegenteil von dem Tut was wissenschaftlich geboten ist.

**SCHÖNEFELD
SO MIT UNS
NICHT**